

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn, Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779353
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

PRESSEERKLÄRUNG

16. November 2012

Vorstellung der Ergebnisse des Berichts über Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen UOKG-Bundesvorsitzender Rainer Wagner: „IKEA war nur die Spitze des Eisbergs,,

Am heutigen Freitag hat der Möbelkonzern IKEA die DDR-Opferverbände über die Ergebnisse einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Ernst & Young“, welche die Beteiligung des Unternehmens an der Haftzwangsarbeit in der ehemaligen DDR zum Gegenstand hatte.

Die von dem UOKG-Bundesvorsitzenden Rainer Wagner und dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, moderierte Veranstaltung fand eine breite öffentliche Resonanz.

Rainer Wagner zog nach der Veranstaltung folgendes Fazit:

„Die Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass IKEA definitiv in die Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen verwickelt war. Auch wenn das Unternehmen der Studie zufolge davon wenig gewusst haben soll, so trägt es doch die moralische Verantwortung dafür.

Jedoch hat IKEA sich vorbildlich verhalten, indem sich das Unternehmen als erstes und bisher einziges seiner Vergangenheit gestellt hat.

Solches würden wir uns auch von anderen Unternehmen wünschen, denn IKEA war nach unserem Eindruck nur die Spitze des Eisbergs. Etliche Unternehmen in Ost und West haben die Möglichkeit genutzt, ihre Produkte billig von DDR-Zwangsarbeitern produzieren zu lassen.

Um dies aufzuklären ist eine breite wissenschaftliche Erforschung der DDR-Zwangsarbeit unabdingbar. IKEA hat sich dazu bereiterklärt, dies finanziell zu unterstützen. Das ist ein guter Anfang.“

Zum Thema Entschädigung äußerte Wagner sich wie folgt:

Unseres Erachtens ist für diese Frage das Bundesfinanzministerium in der Pflicht. Denn die Zwangsarbeit wurde über Strohfirmer in der DDR organisiert, der Großteil der Zwangsarbeit wurde ohnehin von DDR-Unternehmen in Auftrag gegeben.

Diese Unternehmen wurden über die Treuhandanstalt abgewickelt, welche unter dem Dach des Bundesfinanzministeriums stand.“

Wegen der Komplexität des Themas solle die Aufarbeitung, Wagner zufolge, in drei Schritten erfolgen. Zunächst sei ein Überblick über die Gesamtproblematik zu schaffen. Daran müsse sich eine politisch gesellschaftliche Diskussion anschließen, welche schließlich in eine Untersuchung der einzelnen Themenaspekte der Zwangsarbeit mündet.

Ansprechpartner: UOKG-Geschäftsstelle, 030 / 55 77 93 51